



HUBERT KÜCK Fraktionsvorsitzender

Landesregierung muss zügig den Landesentwicklungsplan überarbeiten

„Die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts vom Mai dieses Jahres in Sachen Kiesabbau war die maximale Klatsche für die alte Landesregierung in Düsseldorf.“ So kommentiert Hubert Kück, Fraktionsvorsitzender der Grünen im Kreistag Wesel das Urteil des höchsten Gerichts Nordrhein-Westfalens in Münster.

Es sei nun die Aufgabe der neuen Landesregierung, allen voran die zuständige Wirtschaftsministerin Mona Neubaur (GRÜNE), die Vereinbarungen des Koalitionsvertrages in Sachen Kiesabgrabungen am Niederrhein mit Leben zu füllen. Die GRÜNEN nehmen ihre ehemalige Spitzenkandidatin beim Wort.

Neubaur hatte bei Veranstaltungen am Niederrhein den Abgrabungsgegnern immer wieder zugesichert: „Ich kämpfe für euch“.

„So ein Vertrag ist ja immer nur ein erster Schritt und die dort getroffenen grundsätzlichen Absprachen müssen nun konkretisiert und umgesetzt werden“, so Kück. Mit dem Prinzip der Flächensparsamkeit verknüpft Kück den kontinuierlichen Rückgang von Abgrabungsflächen.

Die Aufnahme des 5ha-Grundsatzes in den neu zu fassenden Landesentwicklungsplan begrüßen die GRÜNEN ausdrücklich. Dies war ja eine zentrale Forderung der letzten Jahre. Dies gelte auch für das nun verabredete Rohstoff-Monitoring. Laut Kück müsse die neue Landesregierung



nun mit hoher Priorität nicht nur die Versorgungszeiträume beim Kiesabbau nach dem Urteil des Oberverwaltungsgerichts rechtskonform berechnen, sondern auch den Bedarf in NRW berechnen lassen.

GRÜNE schauen bei der Bedarfsermittlung genau hin

Man bleibe dabei, dass der Niederrhein nicht als „Generallieferant“ für ganz Deutschland erhalten kann und man sich daher bei der Bedarfsermittlung auf Nordrhein-Westfalen konzentrieren müsse.

Die Einführung eines Kies-Euros begrüßen die GRÜNEN als ordnungspolitisches In-

strument, um den umweltschädlichen Ressourcenverbrauch wirtschaftlich unattraktiv zu machen. Außerdem begrüße man, dass das Baustoffrecycling als Teil der Kreislaufwirtschaft vorangetrieben werden wird. Dies bringe laut Kück „eine signifikante Entlastung bei den Abbaumen von Kies und Sand mit sich und schone somit Flächen, Klima, Umwelt und Menschen am Niederrhein. Besonders setzen die GRÜNEN auf die Vereinbarung, dass der Abbau von Kies und Sand für den Bedarf in NRW jährlich abzusenken sei. Nur so kann der Ausstieg aus dem Kies- und Sandraubbau am Niederrhein eingeleitet werden.“

Was steht drin im „Zukunftsvertrag für Nordrhein-Westfalen“ – Koalitionsvereinbarung von CDU und GRÜNEN 2022–2027?

Im Kapitel 7 - Raumordnung und Landesplanung finden sich die Vereinbarungen in Sachen Kies- und Sandabbau:

Um dem gerecht zu werden, werden wir die Landesplanung einer grundlegenden und umfassenden Überprüfung unterziehen und, wo notwendig, neufassen.

Das Prinzip der Flächensparsamkeit soll Leitschnur unseres Regierungshandelns sein. Unser Ziel ist es, den Flächenverbrauch zeitnah auf 5 Hektar pro Tag und perspektivisch auch weitergehend durch konkrete Maßnahmen zu reduzieren. Dazu werden wir den 5ha-Grundsatz in den LEP aufnehmen. Dazu gehören flächen-schonendes Bauen, die Nutzbarhaltung vorhandener Industrie- und Gewerbeflächen, Flächenrecycling, die bessere finanzielle Ausstattung des Verbandes für Flächenrecycling und Altlastensanierung (AAV), die Weiterführung der Initiativen aus dem „Maßnahmenpaket intelligente Flächennutzung“. Unter Berücksichtigung der Klimafolgenanpassung wollen wir die Innenentwicklung flächensparend gestalten.

Wir wollen die Akzeptanz für die notwendige Rohstoffgewinnung wiederherstellen. Durch ein konsequentes, wissenschaftlich fundiertes Rohstoffmonitoring („Rohstoffbarometer“) soll der Verbrauch von Kies und Sand transparent gemacht und auf den notwendigen Bedarf zurückgeführt werden. Bestehende Lagerstätten unter Berücksichtigung anderer Schutzgüter (z. B. Gewässerschutz) sollen maximal ausgeschöpft werden, um weniger Flächen zu verbrauchen. Versorgungszeiträume beim Kiesabbau möchten wir rechtskonform ausgestalten.

... Deshalb werden wir eine Rohstoffabgabe spätestens zum 1. Januar 2024 einführen und diese auf Kies und Sand beschränken.

Wir werden das Baustoffrecycling als Teil der Kreislaufwirtschaft vorantreiben und Hemmnisse bei der Wiederverwendbarkeit von Abbruchmaterial konsequent beseitigen. Um den Einsatz von Recyclingrohstoffen zu erhöhen, werden wir eine Studie zum verbesserten praxisorientierten Umgang mit recycelten Baustoffen in Auftrag geben. Durch ein Modellvorhaben werden wir praxisorientierte Erkenntnisse zum Deponierückbau und -recycling gewinnen.

Wir wollen die Landesverwaltung zum Vorbild bei Müllvermeidung, Mehrweg und Recycling machen. Gemeinsam mit unseren Bemühungen um die Förderung des Einsatzes alternativer Baustoffe ermöglichen wir so einen verbindlichen Degressionspfad und perspektivisch einen Ausstieg aus der Kies- und Kiessandgewinnung in den besonders betroffenen Regionen.

HINTERGRUND

Das Oberverwaltungsgericht hat am 3. Mai 2022 die Vorgaben des Landesentwicklungsplans (LEP) für die Regionalpläne mit der Darstellung des Sand- und Kiesabbaus in Nordrhein-Westfalen für unwirksam erklärt. Nach diesem höchstrichterlichen Urteil ist in Bezug auf die Rohstoffsicherung und -nutzung eine völlig neue Gesetzgebung erforderlich, welche auf den konkreten Bedarf für das Land NRW abstellt. Dieser Bedarf sollte wie im Raumordnungsgesetz für einen mittelfristigen Zeitraum – 15 Jahre – festgelegt werden.

Begleitend soll im Rahmen eines Fachgutachtens zeitnah geprüft werden, ob der Bereich „Rohstoffgewinnung“ in einen eigenständigen „LEP Rohstoffgewinnung“ zu überführen ist, weil die Sicherung der Rohstoffversorgung für die Bevölkerung und die Wirtschaft eine bedeutsame Aufgabe des Landes NRW ist. Gleichzeitig ermöglicht ein „LEP-Rohstoffsicherung“ eine deutlich bessere Abwägung und Alternativenprüfung zur Erfüllung der Nachhaltigkeitskriterien.



HELGA FRANZKOWIAK Stellvertretende Fraktionsvorsitzende

3. Offenlage des Regionalplans Ruhr – RVR hat offenbar nichts dazugelernt

Anfang September hatten bereits die Bürgermeister der Kommunen Rheinberg, Alpen, Kamp-Lintfort und Neukirchen-Vluyn mitgeteilt, dass sie das Vorgehen des Regionalverbands Ruhr als Planungsbehörde für den Kreis Wesel weitestgehend den alten Regionalplanentwurf als Grundlage für die 3. Offenlage nutzen zu wollen, ablehnen und die Interessen ihrer Kommunen notfalls in einem Klageverfahren verteidigen wollen sofern eine Betroffenheit für den Kreis Wesel festzustellen ist.

„Wenn der RVR es so haben will, dann muss erneut das Gericht entscheiden.“

„Diese Haltung hatte sich auch der Kreisausschuss Ende September zu eigen gemacht. Damit unterstützen wir ausdrücklich die Kommunen in ihrer Haltung zur 3. Offenlage und ihrer Bereitschaft zur möglichen erneuten Klageerhebung. Auch der Kreis Wesel behält sich demnach vor, eine solche Klage zur gegebenen Zeit zu unterstützen, denn der Kreistag hat in mehreren Resolutionen zur Zukunft der Kiesabgrabungen am Niederrhein Stellung genommen. Immer wieder wurde auch auf die Bedeutung einer veränderten Bedarfsermittlung im Landesentwicklungsplan (LEP) hingewiesen“, so die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN Kreistagsfraktion Helga Franzkowiak.

Um den Regionalplan rechtssicher aufzustellen, wäre es nach Ansicht von Franzkowiak unabdingbar gewesen, das Aufstellungsverfahren für diesen Themenkomplex so lange auszusetzen bis klar ist, welche weiteren Konsequenzen die Lan-

desregierung aus dem Urteil zieht. „Leider teilt die Regionalplanungsbehörde diese Ansicht nicht. Ein solches Vorgehen können wir nicht nachvollziehen. Hier soll wohl nun der Regionalplan mit der Brechstange umgesetzt werden, obwohl das Oberverwaltungsgericht nicht nur die rein zahlenmäßige Erhöhung der Versorgungszeiträume für rechtswidrig erklärt hat, sondern vielmehr im zugrundeliegenden Entscheidungsprozess gravierende Abwägungsmängel geltend gemacht hat“, so Franzkowiak.

Es sei ferner nicht davon auszugehen, dass sich die Landesregierung NRW darauf beschränke, die LEP-Fassung aus dem Jahr 2017 mit den ursprünglichen Versorgungszeiträumen weiter gelten zu lassen.

Auf keinen Fall dürften rechtliche Voraussetzungen geschaffen werden, die einen ungesteuerten Kiesabbau ermöglichen könnten.



ULRIKE TRICK Stellvertretende Fraktionsvorsitzende

GRÜNE Kreistagsfraktion verärgert über Kompetenzgerangel

„Früher sind wir im Sommer an der Bärenschleuse schwimmen gegangen“, sagten alteingesessene Weseler, als sie den Fischrettern an der Issel Anfang September zusahen. Und heute? Die Issel fällt seit 2018 mit Unterbrechung in 2021 jeden Sommer trocken und damit verenden Unmengen von Fischen, Krebsen, Muscheln und anderen Wasserbewohnern.

Auf Antrag der GRÜNEN Kreistagsfraktion hat der Voerder Torsten Rühl über seine vielen Rettungsaktionen im Umwelt- und Planungsausschuss des Kreises berichtet und auch seiner Enttäuschung über das Behördenhickhack zwischen Kreisverwaltung, Issel-Verband und Bezirksregierung Luft gemacht. „Dieses Kompetenzgerangel bezahlen die Lebewesen in der Issel mit ihrem Leben“, so die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Ulrike Trick aus Schermbeck.

Schon 2019 gab es nach Angaben der Kreisverwaltung eine mündliche Vereinbarung zwischen Kreis und Issel-Verband über mögliche Maßnahmen zur Schadensbegrenzung. Leider hat aber der Verband



die versprochenen Maßnahmen nicht umgesetzt und der Kreis das auch in den vergangenen drei Jahren nicht kontrolliert. Somit gab es auch in diesem Sommer wieder das große Fischsterben an der Issel.

Trick weiter: „Es ist nicht mehr die Issel, in der die Weseler früher geschwommen sind. Die Issel wurde verändert, der natürliche Lauf begradigt, um die Fließgeschwindigkeit zu erhöhen, die Ufer werden

nicht mehr von Bäumen beschattet und auch der Klimawandel trägt dazu bei, dass heute niemand mehr an der Bärenschleuse schwimmen geht.“

Aber das Beispiel Emscher zeige, „dass man mit Renaturierung viel erreichen kann: Der Issel ihren natürlichen Lauf zurückgeben, ihr Raum geben, wo sich größere Wassermengen verteilen können ohne Schaden anzurichten und die Ufer beschatten, damit Verdunstung und Austrocknung verzögert werden.

Das würde dem Ökosystem helfen und die Fischpopulation mit ihren vielfältigen Arten schützen“, so Trick. Zusätzlich würde das Anlegen von Vertiefungen im Flussbett die Arbeit der Fischretter wesentlich erleichtern und den Fischen die Chance geben, kürzere Trockenperioden in diesen Gumpen zu überstehen.

Diese Maßnahmen wird nach Angaben von Trick die GRÜNE Kreistagsfraktion noch in diesem Jahr einfordern. Vertreterinnen und Vertreter des Issel-Verbandes sollen dann zu dieser Sitzung eingeladen werden.

! „Viel Papier, viele Pläne, noch ein Verband, noch mehr Personal – aber keine Lösungen gegen das Fischsterben in der Issel.“



LUKAS ASTER Verkehrspolitischer Sprecher

Wir brauchen einen besser getakteten und zuverlässigen ÖPNV

„Man kann sich hierzulande nur noch wundern, wie schwer sich die Politik in Berlin tut, grünes Licht für Bus und Bahn zu geben, damit zum Beispiel die RB 31 endlich pünktlich fahren kann und man am Samstag in Rheinberg, Moers oder Wesel nicht mehr zwei Stunden auf die Linie 68 warten muss. Die Bürgerinnen und Bürger brauchen einen besser getakteten, zuverlässigeren Nahverkehr“, so Lukas Aster.

Der verkehrspolitische Sprecher der GRÜNEN Kreistagsfraktion unterstreicht damit die Forderung, dass die Qualitätsverbesserung beim ÖPNV im Kreisgebiet jetzt, und nicht erst in fünfzehn Jahren kommen müsse. Überall sei Ebbe: In den Geldbörsen der Bürgerinnen und Bürger und in den kommunalen Kassen.

Und dennoch: Der kommunalen Familie in den Kreisen Wesel und Kleve gelingt es, den Regionalbusverkehr nach Schermbeck, Wesel, Xanten, Goch und Kleve ab Dezember spürbar zu verbessern, Mobilstationen zu errichten und gemeinsam mit der NIAG die Busse auf den klimafreundlichen Elektromotor umzustellen.

Beim Ausbau des schienengebundenen Verkehrs müssen Bund und Land mehr leisten

Nach Ansicht von Aster gibt es allerdings bei der Schiene erheblichen Nachholbedarf. Hier sei man zwingend auf die finanzielle Schützenhilfe aus Berlin und Düsseldorf angewiesen – und die käme, wenn überhaupt, viel zu spät, wenn erst mit dem Zielnetz 2040 die Verbindung nach Neukirchen-Vluyn, die Walsumbahn und der Halbstundentakt nach Xanten kommen sollte.

Schon jetzt ist absehbar, dass für viele Pendlerinnen und Pendler der Job – wo immer möglich – künftig näher ans Zuhause rücken muss, wenn das Leben für viele nur noch ohne Auto bezahlbar bleibt.

„Die aktuellen Folgen der Klimakrise führen uns deutlich vor Augen, dass wir heute noch auf Rad, Bus und Bahn umsteigen müssen, wenn wir langfristig noch genug zu essen haben und ruhig schlafen wollen.



Denn auch wenn ab 2026 alle Bahnen am Niederrhein elektrisch fahren, werden wir mit den vorhandenen Autos noch lange nicht klimaneutral sein können“, so das Fazit von Aster.

! „Die Bürgerinnen und Bürger brauchen einen zuverlässigen ÖPNV.“

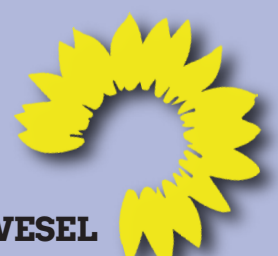


Sie wollen stets gut informiert sein?

Dann besuchen Sie einfach unseren neuen Internetauftritt unter www.gruene-kreistagsfraktion-wesel.de

Hier finden Sie alle Informationen zu uns und unsere Arbeit im Kreis Wesel.

GRÜNE KREISTAGSFRAKTION WESEL





HUBERT KÜCK Fraktionsvorsitzender

„Ein Doppelhaushalt für den Kreis Wesel mit starken GRÜNEN Akzenten“

Anfang September hatte die Bezirksregierung Düsseldorf den Doppelhaushalt des Kreises Wesel für die Jahre 2022 / 2023 genehmigt. Die GRÜNE Kreistagsfraktion sieht sich in ihrer Politik bestätigt, denn gleich drei krisenhafte Entwicklungen waren bei der Aufstellung des Kreishaushaltes zu berücksichtigen: die globale Klimakrise, der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und die Mehraufwendungen der Corona-Pandemie.

Hubert Kück, Fraktionsvorsitzender der GRÜNEN im Weseler Kreistag hierzu: „Vor diesem Hintergrund ist es ein großer Erfolg, dass wir unseren Anspruch, Städte und Gemeinden im Kreis nicht zusätzlich finanziell zu belasten, umsetzen konnten. Die **Kreisumlage** konnte auf den historisch niedrigen Wert von 36,4 Prozent für 2022 weiter leicht auf 36,2 Prozent abgesenkt werden. Wir nehmen damit auf die Leistungsfähigkeit der Kommunen Rücksicht. **Städten und Gemeinden ermöglichen wir weiter Finanz- und Planungssicherheit.**“

! „Die Kreisumlage konnte noch einmal auf den historisch niedrigen Wert von 36,2 Prozent abgesenkt werden.“



Viele freiwillige Leistungen im Sozialbereich konnten erhöht werden

Laut Kück konnte sichergestellt werden, dass die verschiedenen Leistungserbringer und deren Beratungsstellen finanziell 2022 und 2023 besser als in den Vorjahren ausgestattet werden konnten. So wurden u.a. die Zuschüsse für die Verbraucherschutz- oder Frauenberatungsstellen, sozialpsychiatrischen Zentren oder Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen mit **rund 1,7 Millionen Euro pro Haushaltsjahr aufgestockt.**

Investitionen in den klimafreundlichen ÖPNV und in den Umweltschutz

Für das Umrüsten der NIAG-Busflotte auf moderne, **klima- und umweltfreundliche Elektrobusse** wurden 1,5 Millionen Euro in den Haushalt eingestellt. Auch für die Umsetzung des Mobilitätskonzeptes und die Einrichtung von **Mobilitätsstationen** wurden auf Initiative der GRÜNEN 500.000 Euro beantragt und beschlossen. Aber auch für Gehölzpflanzungen als CO²-Senken und zur Biotopvernetzung sind nun 250.000 Euro für den **Ankauf von Flächen**

und zur **Anpflanzung von Hecken und Feldgehölzen** im Haushalt eingestellt.

Kreis investiert weiter in seine Schullandschaft

Die **Neukonzipierung der Berufskollegs** ist ein immenser Finanzaufwand. Fast 140 Millionen Euro sind aktuell für den neuen Berufskolleg-Campus in Moers eingeplant. Auch für das zusammengelegte neue Berufskolleg in Dinslaken dürfte in einer mindestens ebensolchen Größenordnung zu planen sein, und allein für eine Sanierung des Kollegs in Wesel sind nach jetzigem Stand 42 Millionen Euro veranschlagt.

Kück: „Natürlich müssen auch wir in der Grünen Fraktion schlucken, wenn plötzlich Kostensteigerungen in vielen Bereichen zu solchen immer noch geschätzten Gesamtkosten führen. Wir befinden uns in besonderen Zeiten, in denen Lieferengpässe, Materialknappheiten, zeitliche Verzögerungen und Personalnöte an der Tagesordnung sind.“

Die GRÜNE Kreistagsfraktion steht außerdem zu den notwendigen Investitionen in gute Schulangebote.

Auch der neue Düsseldorfer Regierungspräsident, Thomas Schürmann wünscht in seinem Genehmigungsschreiben „Dem fortschreitenden Bau des Berufskollegs in Moers einen guten Abschluss.“

IMPRESSUM

Redaktion:
Kreistagsfraktion
Bündnis 90/Die Grünen
Reeser Landstraße 31
46483 Wesel
Telefon 0281/2072004
gruene-fraktion@kreis-wesel.de

Entwurf, Satz, Produktion:
TYPOGRAF
Franken-Tuschen GbR
Schwalbenweg 14
47475 Kamp-Lintfort
Mobil 0152 53 68 15 13
typograf@johannes-tuschen.de

Besuchen Sie uns auch in den sozialen Netzwerken:

@GrueneKTFwesel

@gruenektwesel



HUBERT KÜCK Fraktionsvorsitzender

GRÜNE unterstützen weiterhin vom Salzbergbau Betroffene

Ziel der GRÜNEN Kreistagsfraktion ist es, eine klare Regelung der Finanzierung von **Ewigkeitslasten und aller zukünftigen Bergschäden gesetzlich festzulegen.** „Gerade wegen der Langfristigkeit der Senkungen und des Auftretens von Schäden erst in bis zu 150 Jahren, müssen zusätzliche Regelungen, die über das Bergrecht hinausgehen, getroffen werden“, so Fraktionsvorsitzender Hubert Kück. Nur so könne für die Geschädigten sichergestellt werden, dass sie ihre Rechte durchsetzen können.

Geschädigte hatten bereits in der Vergangenheit schlechte Erfahrungen bei der Schadensabwicklung mit den Bergbautreibenden gemacht. Die GRÜNEN hatten bereits mehrfach eine Erfassung- und Schlichtungsstelle gefordert. Nach Ansicht von Kück sollte eine solche Erfassungsstelle bei der Kreisverwaltung angesiedelt werden. Die Schlichtungsstelle für strittige Schäden ist für die Betroffenen einzurichten. Im Verfahren bedarf es dann einer klaren Beweislastumkehr. Diese müsse verbunden mit der Vermutung einer Schadensverursachung durch den Bergbau sein.

Eine solche Stelle ist wie beim Steinkohlebergbau daher zwingend notwendig. Der Fraktionsvorsitzende stellt klar: „Schäden, die durch den untertägigen Abbau von Salz entstehen, werden in der Zukunft vermehrt auftreten. Solche „Ewigkeitskosten“ dürfen nicht an den Geschädigten oder der Allgemeinheit hängen bleiben. Es muss auch verhindert werden, dass Regulierungen durch langwierige Verfahren verschleppt werden.“



Die Schadensverursacher müssen in die Haftung genommen werden.“

Als Orientierung für die Schadensregulierung, kann die Regelungen für Schäden durch den Steinkohlebergbau herangezogen werden.

In einem breiten politischen Bündnis hatte man deshalb gemeinsam mit CDU, SPD, FDP und Freien Wählern im September eine Kreistagsresolution eingebracht. Darin fordert man unter anderem die Bundes- und Landesregierung auf, gemeinsam mit den Bergbauunternehmen eine transparente Regelung hinsichtlich der Finanzierung dieser Ewigkeitskosten zu etablieren. Das Verfahren könnte dann vergleichbar mit der Sicherung der Ewig-

keitskosten durch den Steinkohlebergbau aufgestellt werden. Ferner appelliert der Weseler Kreistag nachdrücklich an die Unternehmen des Salzbergbaus, eine Schlichtungsstelle auch als vertrauensbildende Maßnahme zu akzeptieren.

! „Als Orientierung für die Schadensregulierung, kämen die Regelungen für Schäden durch den Steinkohlebergbau in Frage.“



ANDREAS BLANKE Fraktionsgeschäftsführer

GRÜNE Kreistagsfraktion ist wieder unterwegs im Kreis Wesel

In regelmäßigen Abständen nutzt die Kreistagsfraktion die sitzungsfreie Zeit dazu, um mit Verbänden, Initiativen und Unternehmen direkt ins Gespräch zu kommen.

Kreissportbund vertritt zurzeit 410 Vereine und rund 120.000 Sportler*innen im Kreis Wesel

Auf Einladung des Weseler Kreissportbundes konnte ein ausführliches Gespräch in Ginderich führen.



Peter Nienhaus (Mitglied im Sportausschuss des Kreises) und Fraktionsvorsitzender Hubert Kück mussten schon bei der Anreise feststellen, dass die Geschäftsstelle für eine Kreisinstanz weit draußen gelegen ist. „Ohne Auto ist das eine Weltreise, denn eine ÖPNV-Angebot existiert nicht.“ Auch die Unterbringung in einem ehemaligen Schulgebäude bringt in Punkto Barrierefreiheit erhebliche Nachteile mit sich. So sind die Räume nur über ein Treppenhaus erreichbar. Der Eingangsbereich birgt nicht nur für Menschen mit Handicap eine zusätzliche Gefahr.

Im Gespräch machte der Vorstand deutlich, dass man sich wünschen würde, Räumlichkeiten in einer zentraleren Lage im Kreisgebiet zu finden. Nienhaus und Kück kündigten daher eine Initiative an, damit die Geschäftsstelle ggf. eine zentralere Lage im Kreisgebiet erhalten kann. Weitere Gesprächsthemen waren natürlich auch die Corona-Auswirkungen auf den Sport und seine Vereine, die Integration von Geflüchteten beim Breitensport, die finanzielle Situation im Rahmen der Sportstättenfinanzierung und das Programm „Moderne Sportstätten 2022“.



LINEG mehr als Schutzbeauftragter des Grundwassers

Seit mehr als 100 Jahren garantiert die LINEG am Niederrhein eine Wasserwirtschaft aus einer Hand. Dies fand seinen Niederschlag im LINEG-Gesetz von 1990. Das Gesetz gilt bis auf wenige Anpassungen noch heute und bildet die Grundlage des Handelns der LINEG als sondergesetzlicher Wasserwirtschaftsverband. „Wasser ist unser Element“ so der Claim des Unternehmens. Zu den Aufgaben der LINEG (Linksrheinische Entwässerungs-Genossenschaft) gehören neben dem Schutz des Grundwassers, die Reinigung des Abwassers und die Regulierung der Fließgewässer. Außerdem beschäftigt man sich mit dem Ausbau der naturnahen Wasserläufe.

Um die vielfältigen Aufgaben zu bewältigen, beschäftigt die LINEG ungefähr 320 Mitarbeiter*innen aus den unterschiedlichsten Berufen. Der Anteil der weiblichen Beschäftigten liegt bei rund 30 %. Besonders Augenmerk legt die LINEG auf die Ausbildung junger Menschen. Sie bildet bewusst über Bedarf aus, um so jungen Menschen eine Zukunftsperspektive zu geben. Hervorzuheben ist außerdem der hohe Anteil der Schwerbehinderten. Er liegt bei fast 10 %, weitaus mehr als vom Gesetzgeber gefordert. Dies begrüßen wir ausdrücklich.

RIEDEL Recycling – Firmenphilosophie mit ganzheitlichem Ansatz

Das familiengeführte Unternehmen arbeitet erfolgreich bereits in der vierten Generation. Begonnen hatte man mit dem Abbau von Kies- und Sand. Die zweite Generation begann dann zu Beginn der 1990er Jahre mit der Umstellung des Unternehmens hin zum Recyclingbetrieb.

Zwischenzeitlich entwickelte sich die Firma zu einem mittelständigen Kreislaufwirtschaftsunternehmen. Durchschnittlich 40 Tonnen recycelbares Material werden im Moerser Betrieb pro Jahr bewegt.

Besonders beeindruckend: Die heutige Geschäftsführung betreibt das Geschäft mit einer ganzheitlichen und gleichzeitig nachhaltigen Philosophie. So wurde das heutige Verwaltungsgebäude aus einem nicht mehr benötigten Messestand errichtet. Große Teile wurden in Hannover demontiert und dann in Moers als Teil des Verwaltungsgebäudes wiederverwendet.

Aber das Unternehmen investiert auch nachhaltig. So ist man gerade dabei, ein unabhängiges Abwärme-Kreislaufsystem zur Nutzung für Produktion und Beheizung des Verwaltungsgebäudes zu entwickeln und umzusetzen. Ebenfalls plant man auf dem Betriebsgelände ein integriertes Wasseraufbereitungssystem, um zukünftig noch mehr Ressourcen einzusparen. Das ist ökologisch und ökonomisch von großer Bedeutung und zeigt, wie innovativ und nachhaltig das Unternehmen arbeitet.



HDB Baustoff-Recycling – eine zukunftsorientierte Alternative zu Kies und Sand Made in Hünxe

Der Bausektor gehört zu den ressourcenintensivsten Wirtschaftssektoren. Es werden pro Jahr mehr als 600 Millionen Tonnen natürlicher Ressourcen wie Sand, Kies und Naturstein im Bausektor verbraucht. Es findet daher bekanntlich ein Raubbau an Kies und Sand am Niederrhein statt. Massive und unumkehrbare Eingriffe in unsere Landschaft sind damit zwangsläufig verbunden.

Um diesen Raubbau an unseren Bodenschätzen einzugrenzen, ist das Standbein Baustoff-Recycling für ein nachhaltiges Bauen deutlich auszuweiten. Es muss ein bauökonomisches und bauökologisches Umdenken stattfinden. Dabei sollen nicht mehr nahezu ausschließlich frisch abgegrabene Kiese und Sande Verwendung finden, sondern sollten zukünftig als originäre Rohstoffe nach Möglichkeit nur dann und nachrangig eingesetzt werden, wenn keine anderen Baustoffe, zum Beispiel recycelter Bauschutt, Verwendung finden können.

Mitglieder der Kreistagsfraktion konnten sich über das Thema Baustoff-Recycling mit der Geschäftsführung intensiv austauschen und sich über den Fortschritt der geplanten Recyclinganlage informieren. HDB ist seit Jahren bereits ein zuverlässiger Partner im Bereich Baustoff-Recycling. Bedingt durch den Umweltschutzgedanken und Knappheit an Primärrohstoffen und Deponieraum zur Entsorgung, wächst der Markt des Baustoffrecyclings. Rund 90 Prozent aller anfallenden mineralischen Bauabfälle können wiederverwertet werden.



Liebe Frau Ministerin, liebe Mona,

die Menschen am Niederrhein erinnern sich gerne an deine Aussagen im Landtagswahlkampf zum zügellosen Raubbau bei Kies und Sand. Deshalb warten sie aber auch auf die Einhaltung der damaligen Zusagen und die rasche Umsetzung der Vereinbarungen aus dem NRW-Koalitionsvertrag.

Hubert Kück

Hubert Kück
Fraktionsvorsitzender

GRÜNE KREISTAGSFRAKTION WESEL

